

en2x-Übersicht zur aktuellen Lage

Der Krieg in der Ukraine und seine Folgen für die Energieversorgung

Verantwortung

Wir, der en2x – Wirtschaftsverband Fuels und Energie, verfolgen gemeinsam mit unseren Mitgliedsunternehmen den Krieg Russlands gegen die Ukraine mit großer Sorge. Die weitere Entwicklung der Ereignisse ist nur schwer vorherzusehen, doch wir hoffen auf einen schnellen und dauerhaften Frieden.

Vom Krieg und seinen Folgen ist auch die deutsche Energieversorgung betroffen. In den zurückliegenden Jahren bezog Deutschland rund ein Drittel seiner Rohölimporte aus Russland. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland hat gleich zu Kriegsbeginn von sich aus die schrittweise Reduzierung von Importen von russischem Rohöl und Mineralölprodukten angekündigt und das politische Ziel, aus russischen Ölimporten auszusteigen, unterstützt und umgesetzt. Diese und weitere Veränderungen bleiben nicht ohne Folgen für Angebot, Nachfrage, Logistik und Preise.

Preisentwicklung

Der Ukrainekrieg hatte Ende Februar und im März 2022 aufgrund unmittelbarer Sicherheitskäufe zu hohen Preisausschlägen an den nationalen und internationalen Märkten für Mineralprodukte geführt. Auch wenn im Anschluss eine Marktberuhigung eintrat, gingen die Preise nicht mehr auf das Vorkriegsniveau zurück. Eine Ausnahme stellt lediglich Benzin dar, das zu Jahresende 2022 im Bundesdurchschnitt in etwa so viel kostete wie zu Jahresbeginn.

Darüber hinaus haben geplante wie ungeplante Raffineriestillstände im Jahresverlauf 2022 und auch 2023 dazu geführt, dass die Produktion mit der Nachfrage nicht Schritt hielt. Zur angespannten Situation trug im Spätsommer 2022 auch das Rheinniedrigwasser bei. Die Folge: Nicht Rohöl am Weltmarkt war übers Jahr knapp, wohl aber die daraus hergestellten Produkte waren es, insbesondere Diesel. Die Folge: Die Produktmärkte koppelten sich in bisher ungekanntem Ausmaß vom Rohölmarkt ab. Diese Weltmarktpreise für einige Raffinerieprodukte zogen deutlich an.

Um finanzielle Belastungen abzumildern, wurde von der Bundesregierung die Energiesteuer auf Kraftstoffe im Sommer für drei Monate von Anfang Juni bis Ende August auf den EU-Mindestsatz gesenkt. Diese Steuersenkung ist bei den Kunden angekommen, wie zahlreiche Vergleiche mit Nachbarländern belegt haben. Darüber hinaus fiel die Maßnahme in einen Zeitraum, in dem die Weltmarktpreise für Benzin und Diesel gerade besonders hoch waren.

Die Lage an den Weltmärkten für Rohöl, Benzin und Diesel und damit auch an den Tankstellen

entspannte sich im Herbst 2022. Hauptursache ist die Sorge vor einer globalen ökonomischen

Stagnation 2023 mit Blick auf Europa und China. Dies hat zu sinkenden Rohölpreisen und auch zu Entspannung an den Produktmärkten geführt. Zudem hat der Euro gegenüber dem Dollar zuletzt an Wert gewonnen, was die Rohöleinkäufe im Euroraum vergünstigt.

Situation kritische Infrastruktur

Der Cyberraum ist verstärkt Schauplatz koordinierter und schwerwiegender Angriffe auf Unternehmen und Regierungseinrichtungen geworden. Wir stehen daher mit den zuständigen Behörden im engen Austausch, um die Bedrohungslage für die Mineralölindustrie durch Cyberangriffe fortwährend zu bewerten.

Die Betreiber kritischer Infrastrukturen müssen gegenüber dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) kontinuierlich hohe Sicherheitsanforderungen für Rohrfernleitungen, Raffinerien, Tanklager, Mineralölhandel und Tankstellenetze sowie Meldepflichten bei IT-Sicherheitsvorfällen umsetzen und nachweisen. Die in Deutschland für den Energiesektor geltenden Anforderungen gehen dabei weit über die verpflichtenden Mindestanforderungen der Europäischen Cybersicherheitsrichtlinie hinaus.

Die erhöhte Bedrohungslage für Deutschland im Zusammenhang mit der Ukrainekrise bleibt unverändert bestehen. Gleichzeitig besteht jedoch keine akute Gefährdung der Informationssicherheit in Deutschland im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine. Die allgemeinen Warnungen und Empfehlungen des BSI gelten weiterhin.

Situation der Mineralölversorgung

Die Rohölversorgung Deutschlands ist gesichert. Die deutsche Mineralölwirtschaft hat das von ihr unterstützte und am 5. Dezember 2022 in Kraft getretene EU-Embargo gegen russische Rohölimporte auf dem Seeweg erfolgreich bewältigt. Für den Einfuhrstopp auf dem Landweg via Pipeline zum 31. Dezember 2022 hat die Branche auch mit Unterstützung der Bundesregierung ebenfalls Vorkehrungen getroffen.

Ein Drittel des russischen Rohöls hatten bislang die Raffinerien im Norden, Westen und Süden Deutschlands verarbeitet. Sie erhalten das Rohöl über die Seehäfen Wilhelmshaven, Rotterdam und Triest, mit denen sie über Pipelines verbunden sind. Mit dieser Struktur war eine Umstellung bei der Versorgung auf andere Rohölsorten möglich. Deutlich gestiegen ist der Import aus der Nordsee, den USA und Kasachstan. Der Importanteil von russischem Rohöl war von 40 Prozent im Januar auf 16 Prozent bis Oktober 2022 gefallen.

Die beiden ostdeutschen Raffinerien in Leuna und Schwedt waren bislang ausschließlich über die Druschba-Pipeline versorgt worden, was zwei Drittel der russischen Rohölimporte ausmachte. Für den Raffineriestandort Leuna/Sachsen-Anhalt gab der Eigentümer Anfang Dezember bekannt, dass ein Weiterbetrieb mit Rohöllieferungen über eine Pipeline vom Seehafen Danzig gesichert ist. Mitte Dezember teilte die Bundesregierung mit, dass die PCK-Raffinerie in Schwedt/Brandenburg sowohl über eine Pipeline vom Seehafen Rostock als auch

über Danzig mit Rohöl versorgt werden kann.

Für die PCK-Raffinerie Schwedt hat die Bundesregierung eine Bestandsgarantie abgegeben. Die Rohöllieferungen gehen nunmehr über den Hafen Rostock ein und werden bei Pipeline weitergeleitet. Auch wenn die Auslastung dadurch gesunken ist, ist der Weiterbetrieb der Anlage dadurch möglich.

Zusätzlich wurde ein EU-Embargo gegen russische Mineralölprodukte verhängt, das am 5. Februar 2023 in Kraft trat. Dieses betrifft v. a. Importe von Dieselmotorkraftstoff. Bis dahin bezog Deutschland rund 4 Millionen Tonnen Diesel pro Jahr oder etwa ein Achtel des deutschen Diesel-Absatzes aus Russland. Dies wurde durch zusätzliche Importe aus anderen Ländern ersetzt. Seit dem 5. Dezember 2023 erstreckt sich das EU-Rohölembargo gegen Russland auch auf Tschechien und die Slowakei. Versorgungsengpässe bei Mineralöl und Produkten erwarten wir weiterhin nicht.

Des Weiteren verschaffen die Reserven des Erdölbevorratungsverbands (EBV) Sicherheit. Der EBV hält gesetzlich vorgeschriebene Mengen an Erdöl und Erdölerzeugnissen in Höhe der in einem Zeitraum von 90 Tagen netto nach Deutschland eingeführten Mengen vor. Derzeit werden rund 15 Millionen Tonnen Rohöl und 9,5 Millionen Tonnen fertige Mineralölerzeugnisse Benzin, Diesel, Heizöl und Flugkraftstoff vorgehalten; andere können durch die Verarbeitung von Rohölreserven hergestellt werden. Diese strategischen Reserven sind über ganz Deutschland verteilt, um auf regionale Versorgungsstörungen schnell reagieren zu können.

Ausblick auf die künftige Energieversorgung

Auch wenn wir den weiteren Verlauf des Krieges und dessen Folgen nicht vorhersehen können – klar ist: Die aktuellen Entwicklungen werden großen und nachhaltigen Einfluss auf die Energieversorgung der Zukunft nehmen. Ziel muss sein, unsere Energieversorgung künftig auf eine breitere Basis zu stellen und dabei immer mehr auf treibhausgasneutrale Energie zu setzen.

Wir stimmen mit der Bundesregierung überein, dass eine große Energievielfalt mit einem starken Fokus auf Klimaschutz der richtige Weg für eine ebenso sichere wie nachhaltige Versorgung ist. Unsere Mitgliedsunternehmen arbeiten bereits daran, dass künftig mehr alternative flüssige Energieträger (Bio- und synthetische Kraft- und Brennstoffe) zur Verfügung stehen, dass die Produktion von treibhausgasneutralem Wasserstoff auf- und ausgebaut wird, entsprechende Importe verstärkt werden und ein flächendeckendes Lade- und Tankstellennetz für Batterie- und Brennstoffzellenfahrzeuge aufgebaut wird.

Allerdings wird Deutschland auch bei einem massiven Ausbau der einheimischen Erzeugung von Wind- und Sonnenstrom langfristig nicht energieautark werden. Wir unterstützen daher ausdrücklich den von der Bundesregierung angekündigten beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien im Inland wie auch den schnellen Aufbau von Importinfrastrukturen für Wasserstoff und alternative Kraftstoffe. Hierbei wollen und werden die en2x

Mitgliedsunternehmen eine treibende Rolle spielen.